

Antrag

der Abgeordneten Katrin Fuchs (Verl), Robert Antretter, Helmuth Becker (Nienberge), Ingrid Becker-Inglau, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Eberhard Brecht, Hans Büchler (Hof), Dr. Andreas von Bülow, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Freimut Duve, Dr. Horst Ehmke (Bonn), Gernot Erler, Norbert Gansel, Konrad Gilges, Dr. Peter Glotz, Dr. Ingomar Hauchler, Dieter Heistermann, Erwin Horn, Lothar Ibrügger, Gabriele Iwersen, Horst Jungmann (Wittmoldt), Susanne Kastner, Fritz Rudolf Körper, Walter Kolbow, Hans Koschnick, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Robert Leidinger, Dieter Maaß (Herne), Dr. Dietmar Matteredne, Markus Meckel, Volker Neumann (Bramsche), Gerhard Neumann (Gotha), Horst Niggemeier, Jan Oostergetelo, Manfred Opel, Adolf Ostertag, Bernd Reuter, Dr. Hermann Scheer, Siegfried Scheffler, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Jürgen Schmude, Brigitte Schulte (Hameln), Dr. Hartmut Soell, Heinz-Alfred Steiner, Dr. Peter Struck, Margitta Terborg, Uta Titze, Hans-Günther Toetemeyer, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Ernst Waltemathe, Rudi Walther (Zierenberg), Reinhard Weis (Stendal), Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Norbert Wieczorek, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Uta Zapf, Dr. Christoph Zöpel, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Sofortige Einstellung aller Atomwaffentests

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung der französischen und der russischen Regierung, die Atomwaffenversuche zeitlich befristet auszusetzen und unterstützt die entsprechende Gesetzesinitiative des US-Repräsentantenhauses, die die amerikanische Regierung zu einer sofortigen Einstellung der Versuche auffordert.
2. Diese Moratorien müssen genutzt werden, um Verhandlungen über einen vollständigen Atomteststopp in Angriff zu nehmen und abzuschließen.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, parallel dazu die Fortsetzung der Konferenz der Unterzeichnerstaaten des begrenzten Atomwaffentestverbot-Vertrages 1963, die im Januar 1991 zur Überprüfung dieses Abkommens erstmalig zusammenkam, zu unterstützen. Die Verhandlungen sollten mit dem Ziel geführt werden, den Vertrag über das Verbot nuklearer Explosionen in der Atmosphäre, im Weltraum

und unter Wasser zu einem Vertrag über ein umfassendes, globales Atomtestverbot auszuweiten.

4. Der Deutsche Bundestag verurteilt die Fortsetzung der Atomtests durch die übrigen Atommächte. Sie fördert die Weiterverbreitung von Atomwaffen und gefährdet damit die Verlängerung des Atomwaffensperrvertrags, über die 1995 entschieden werden muß. Atomwaffentests sind zudem eine ständige Bedrohung für Mensch und Umwelt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag Maßnahmen darzulegen, mit denen sie auf die Fortsetzung der Tests reagieren will.

Bonn, den 17. Juni 1992

Katrin Fuchs (Verl)

Robert Antretter

Helmuth Becker (Nienberge)

Ingrid Becker-Inglau

Dr. Ulrich Böhme (Unna)

Dr. Eberhard Brecht

Hans Büchler (Hof)

Dr. Andreas von Bülow

Edelgard Bulmahn

Ursula Burchardt

Hans Martin Bury

Freimut Duve

Dr. Horst Ehmke (Bonn)

Gernot Erler

Norbert Gansel

Konrad Gilges

Dr. Peter Glotz

Dr. Ingomar Hauchler

Dieter Heistermann

Erwin Horn

Lothar Ibrügger

Gabriele Iwersen

Horst Jungmann (Wittmoldt)

Susanne Kastner

Fritz Rudolf Körper

Walter Kolbow

Hans Koschnick

Horst Kubatschka

Dr. Klaus Kübler

Robert Leidinger

Dieter Maaß (Herne)

Dr. Dietmar Matteredne

Markus Meckel

Volker Neumann (Bramsche)

Gerhard Neumann (Gotha)

Horst Niggemeier

Jan Oostergetelo

Manfred Opel

Adolf Ostertag

Bernd Reuter

Dr. Hermann Scheer

Siegfried Scheffler

Wilhelm Schmidt (Salzgitter)

Dr. Jürgen Schmude

Brigitte Schulte (Hameln)

Dr. Hartmut Soell

Heinz-Alfred Steiner

Dr. Peter Struck

Margitta Terborg

Uta Titze

Hans-Günther Toetemeyer

Günter Verheugen

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Ernst Waltemathe

Rudi Walther (Zierenberg)

Reinhard Weis (Stendal)

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

Dr. Norbert Wiczorek

Heidemarie Wiczorek-Zeul

Uta Zapf

Dr. Christoph Zöpel

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

Nachdem die Bedingungen der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 24. April 1986 für ein umfassendes Verbot von Atomwaffenversuchen durch die Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes erfüllt sind, d. h. keiner Partei ein Teststopp mehr Vor- oder Nachteile bringt und unentdeckte Um-

gehungen heute ausgeschlossen werden können, ist das Zustandekommen eines Verbotsabkommens in kürzester Frist möglich und für die Beendigung der atomaren Weiterrüstung dringend notwendig.

Die Überwindung der Ost-West-Konfrontation eröffnet die Chance weitreichender nuklearer Abrüstung. Die einseitigen Ankündigungen und Vereinbarungen der GUS und der USA über Einschnitte in ihre Atomwaffenarsenale dürfen nicht durch eine qualitative Aufrüstung unterlaufen werden. Die Einstellung der Atombombenversuche würde die Modernisierung und Effektivierung der Atomwaffen erschweren oder sogar verhindern.

Auch unterirdische Atomwaffenversuche bedrohen Gesundheit und Leben. Atomwaffentests zerstören die Lebensgrundlage der Völker in den Testgebieten. In den angrenzenden Regionen sind Mißgeburten, Kindersterblichkeit und Krebs extrem häufig.

Die Fortsetzung der Atomwaffentests fördert die Weiterverbreitung von Atomwaffen. Jeder Atombombenversuch kann von den sogenannten Schwellenländern als Signal angesehen werden, daß die Atommächte das langfristige Ziel der Beseitigung aller Atomwaffen aufgegeben haben und kann als Einladung an diese Länder verstanden werden, ebenfalls Atomwaffen zu testen.

Ein umfassender Teststopp ist kein Ersatz für eine substantielle Reduzierung vorhandener Waffenarsenale. Er kann aber ein wichtiger Beitrag sein, um die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu behindern und weitere substantielle Abrüstungsschritte zu fördern.

Die Verifizierbarkeit eines solchen Abkommens ist inzwischen auch durch die Kooperation zwischen den Experten der USA und der ehemaligen UdSSR und durch die politische Zusammenarbeit im bilateralen und internationalen Rahmen gesichert.

